

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Schattner, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/8133 –

Deutsche Landwirtschaft nach den Ernteaussfällen unterstützen – Krisenbeihilfen nutzen

A. Problem

Der Konflikt im Nahen Osten führt zu steigenden Produktionskosten in der Landwirtschaft, die nach Auffassung der Antragsteller den Konkurrenzdruck auf die deutschen Betriebe erhöht. Um Unternehmen in besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen zu unterstützen, habe die Europäische Kommission mit dem Middle East Crisis Temporary State Aid Framework (METSAF) das EU-Beihilfe-Recht zeitweilig gelockert und den Mitgliedstaaten erlaubt, insbesondere in der Landwirtschaft für einen befristeten Zeitraum Beihilfen auszus zahlen. Einige Mitgliedstaaten hätten bereits nationale Unterstützungsprogramme in Rahmen des METSAF erarbeitet, während die Bundesregierung von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen wolle. Damit verschlechtere sich die Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/8133 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Hermann Färber
Vorsitzender

Artur Auernhammer
Berichtersteller

Bernd Schattner
Berichtersteller

Dr. Franziska Kersten
Berichterstellerin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstellerin

Heidi Reichinnek
Berichterstellerin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Artur Auernhammer, Bernd Schattner, Dr. Franziska Kersten, Dr. Ophelia Nick und Heidi Reichinnek

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 90. Sitzung am 24. September 2026 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 21/8133** erstmals beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD möchte mit dem vorliegenden Antrag feststellen lassen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe wegen der steigenden Produktionskosten als Folge der Nahost-Krise unter besonderem Wettbewerbsdruck stünden. Dieser werde zusätzlich dadurch verstärkt, dass andere EU-Mitgliedstaaten im Gegensatz zu Deutschland die Möglichkeiten nutzten, die die Europäische Kommission zur Unterstützung der von der Nahost-Krise besonders betroffenen Wirtschaftsbereiche im Rahmen des befristeten Beihilferahmen für die Nahost-Krise eröffne. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, ein nationales Unterstützungsprogramm für die Landwirtschaft auszuarbeiten sowie der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorzulegen und dabei auf eine unbürokratische und passgenaue Ausgestaltung zu achten, damit die Mittel in Höhe des tatsächlichen Bedarfs zeitnah an die landwirtschaftlichen Betriebe ausgezahlt werden könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 47. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/8133 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 30. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/8133 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat hat die Anträge der Fraktion der AfD auf Drucksachen 21/8133 und 21/8130 gemeinsam in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, der Antrag zu den Direktzahlungen hätte ohne Beratung im Ausschuss sofort nach der ersten Lesung beschlossen werden sollen, was die Fraktion der CDU/CSU und SPD abgelehnt hätten. Damit sei eine schnelle und vor allem für den Bund kostenneutrale Möglichkeit zur Unterstützung der Landwirte verhindert worden. Das von der Bundesregierung geplante Kreditprogramm sei die schlechtere Lösung des Problems. Andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union schöpften zur Verfügung stehende Instrumente aus und stellten Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung, um die Betriebskosten in der Landwirtschaft angesichts stark gestiegener Preise für Düngemittel und Kraftstoffe abzufedern. Stattdessen hätte es die Bundesregierung sogar versäumt, rechtzeitig den erforderlichen Bericht für EU-Kommission einzureichen, um die zur Verfügung gestellten Mittel der Düngehilfe nutzen zu können.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass der erwähnte Bericht pünktlich eingereicht worden sei. Zudem schöpfe die Bundesregierung den möglichen Spielraum bei den Direktzahlungen voll aus. Eine frühere Auszahlung sei aufgrund laufender Antragsfristen, nötiger technischer Anpassungen bei den zuständigen Länderbehörden und der Tatsache, dass die Bundesregierung in Vorleistung gehen und Kosten für Zinsen hätte tragen müssen, nicht machbar. Die Bundesregierung habe die Möglichkeit eröffnet, Beiträge zur Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau sowie fällige Pachtraten für Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH zu stunden. Außerdem werde die Tilgung laufender Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank ausgesetzt. Zusätzlich würden die Landwirte über das Liquiditätsprogramm der Landwirtschaftlichen Rentenbank und die Krisenbeihilfe aus der Agrarreserve der Europäischen Union unterstützt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, die Situation auf den Höfen sei von vielfältigen Problemen geprägt. Eine entscheidende Ursache für diese Probleme sei der Klimawandel, der von Mitgliedern der AfD teilweise geleugnet werde. Die Hitze und Dürre dieses Sommers seien keine Ausnahmeerscheinung, sondern würden Vorhersagen zufolge häufiger auftreten. Daher müssten Maßnahmen für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ergriffen werden. Jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland erziele einen Teil seines Einkommens mit Erneuerbaren Energien. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe vor 20 Jahren dafür gesorgt, dass die gezielten Hilfen für Erneuerbare Energien heute noch zur Entlastung der Wirtschaft beitragen könnten. Fördermittel sollten zielgerichtet für mehr Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen verwendet werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die diesjährige Ernte in Deutschland sei extrem schlecht ausgefallen. Dazu seien Düngemittel teurer geworden, was sich zusätzlich negativ auf die Liquidität der Landwirte auswirke. Eine vorgezogene Auszahlung klinge zwar nach einer guten Lösung, sei aber wenig praktikabel, da in vielen Ländern die Antragsberatung noch nicht abgeschlossen sei. Verantwortlich für die aktuelle Situation sei der Klimawandel, daher müsse die Landwirtschaft mit anderen Instrumenten bei der Klimaanpassung unterstützt werden. Die vorliegenden Anträge würden dem Problem nicht gerecht.

Die **Fraktion Die Linke** bemängelte, das einzig Positive des Antrags zu den Direktzahlungen sei die Feststellung, dass es ein Problem mit stark steigenden Energiekosten und Extremwetterlagen gebe. Die Ursachen dafür würden aber von der Fraktion der AfD ignoriert. Statt sich von fossilen Konzernen und den dahinterstehenden autoritären Staaten abhängig zu machen, müssten Landwirtinnen und Landwirte bei klimabedingten Ernteverlusten beispielsweise über einen Krisenfonds konkret unterstützt werden. Außerdem müsse die Landwirtschaft krisenfest gemacht werden. Es werde Unterstützung für den klimafesten Umbau der Landwirtschaft sowie für mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und Betriebsmitteln benötigt. Die Direktzahlungen seien stark flächenbezogen und begünstigten größere Betriebe statt der kleinen und mittleren, die erhalten werden sollen.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 21/8133 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Artur Auernhammer
Berichterstatte

Bernd Schattner
Berichterstatte

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatte

Dr. Ophelia Nick
Berichterstatte

Heidi Reichinnek
Berichterstatte

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.